



Antrag

der Fraktionen von **CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP** sowie den **Abgeordneten des SSW**

Corona-Pandemie wirksam eindämmen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag zeigt sich besorgt über die starke Zunahme der Infektionszahlen in Deutschland und Europa. Die Entwicklungen in manchen europäischen Nachbarstaaten verdeutlicht dabei, in welche Richtung sich das Pandemiegeschehen auch in Deutschland und Schleswig-Holstein entwickeln kann, wenn darauf nicht angemessen reagiert wird. Schleswig-Holstein ist bisher gut durch die Krise gekommen. Familienfeste und private Feierlichkeiten sind nicht im gleichen Maße wie in anderen Bundesländern zum Treiber der Infektionen geworden.

Der Landtag begrüßt deswegen, dass die Landesregierung in der Vergangenheit bei der Rahmensetzung für Veranstaltungen mit sog. Gruppenaktivitäten, z.B. privaten Feierlichkeiten, einen strengeren Maßstab angelegt hat.

Maßgeblich für eine erfolgreiche Krisenbewältigung ist jedoch das besonnene Verhalten der Bürgerinnen und Bürger. Der Landtag spricht den Einwohnerinnen und Einwohnern Schleswig-Holsteins für die bisher geleisteten Anstrengungen seinen Dank aus. Die überwältigende Mehrheit der Menschen im Land verhält sich in dieser Situation mit großer Umsicht und leistet so einen enorm wichtigen Beitrag. Der Landtag appelliert an die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner, in dieser Haltung nicht nachzulassen und insbesondere auch die schmerzliche aber notwendige

Reduzierung privater Kontakte mitzutragen, da die kommenden Wochen und Monate noch in zunehmendem Maße die engagierte Mitwirkung aller erfordern werden, um das Land gut durch die Krise zu bringen.

Der Landtag bekennt sich zu dem Ziel, bei den nun anstehenden, weitgehenden Beschränkungen des öffentlichen Lebens wirtschaftliche Aktivitäten und soziales Miteinander möglichst zu bewahren. Insbesondere müssen Kitas und Schulen weitestgehend geöffnet bleiben. Ebenso darf es nicht zu einer sozialen Isolation von Betroffenen in Krankenhäusern und Pflegeheimen kommen. Ferner spricht sich der Landtag für einen offenen Grenzverkehr mit Dänemark aus. Verdachtsunabhängige Kontrollen hält der Landtag im Deutsch-Dänischen Grenzgebiet nicht für erforderlich.

Von der Bundesregierung erwartet der Landtag nach der Ministerpräsidentenkonferenz, dass die angekündigten Verbesserungen der Hilfen für die besonders betroffenen Branchen sehr zügig auf den Weg gebracht werden. Der Landtag geht davon aus, dass auch mittelbar betroffene Unternehmen nach einem gesonderten Konzept eine außerordentliche Wirtschaftshilfe gewährt wird und dass das Finanzierungsvolumen bei Bedarf nicht auf 10 Milliarden Euro begrenzt ist.

Ein wichtiger Gelingensfaktor sind die Akzeptanz und Vermittelbarkeit der nun beschlossenen Maßnahmen. Dies wird grundsätzlich auch durch die bundeseinheitliche, rechtskonforme Handhabung der anstehenden Herausforderungen erreicht. Der Schleswig-Holsteinische Landtag bringt deshalb seine klare Erwartung zum Ausdruck, dass alle Bundesländer diese Regelungen rechtssicher ebenso zum 2. November in Kraft setzen werden.

Auch wenn wir zum jetzigen Zeitpunkt noch keinen Impfstoff zur Verfügung haben, können wir gemeinsam das Virus bekämpfen und die Infektionsdynamik eindämmen. Zu den wirksamsten Maßnahmen gehören die Einhaltung der sogenannten AHA + AL (Abstand halten, Hygieneregeln befolgen und Alltagsmaske tragen, CoronaWarnApp installieren sowie das gründliche Lüften von Räumen) ebenso wie der gezielte Einsatz von Testkapazitäten auf das Coronavirus und die Kontaktpersonennachverfolgung durch die Gesundheitsämter. Zur Bewältigung der medizinischen Erkrankungsfolgen leisten Ärztinnen und Ärzte, Pflegerinnen und Pfleger und Fachpersonal im niedergelassenen Bereich sowie in den Krankenhäusern, den Laboren etc. den entscheidenden Beitrag. Durch die Ausweitung der Kapazitäten auf den

Intensivstationen, Ausweitung der Testkapazitäten oder die Bevorratung mit persönlicher Schutzausrüstung wurden zielgerichtete Vorkehrungen für einen Wiederanstieg der Erkrankungsfälle getroffen. Damit sich die aktuelle Entwicklung im Anschluss an die Beschränkungen im November nicht wiederholt, muss alles daran gesetzt werden, die Infektionsketten wirksam zu unterbrechen. Hierfür ist die Kontaktnachverfolgung durch die örtlichen Gesundheitsämter die zentrale Voraussetzung. Dazu haben die Kommunen bereits große Anstrengungen mit Hilfe von Land und Bund unternommen, um das Personal aufzustocken. Der Landtag begrüßt hier ausdrücklich die Unterstützung des Bundes durch Bundeswehr und Bundespolizei. Dennoch müssen diese Bemühungen weiter forciert werden. Der Landtag bittet daher die Kommunen, durch Personalumschichtungen und zusätzlichen Einstellungen die Fähigkeit zur Kontaktnachverfolgung weiterhin zu gewährleisten. Ebenso bittet der Landtag die Landesregierung, die Kommunen über die bereits bestehenden Programme hinaus bei dieser Aufgabe durch Landesbedienstete temporär zu unterstützen – auch unter Zurückstellung nicht dringlicher Aufgaben oder Projekte.

Tobias Koch

und Fraktion

Dr. Ralf Stegner

und Fraktion

Eka von Kalben

und Fraktion

Christopher Vogt

und Fraktion

Lars Harms

und die Abgeordneten des SSW